

Fachdienst/Stabsstelle	Empfänger	Merkmal
Kommunales	Svenja Zörkendörfer	zur Kenntnis
Soziales		

PROTOKOLLAUSZUG Rat
2. Sitzung am 30.06.2021

öffentlicher Teil

7. Bad Salzuflen wird sicherer Hafen

Drucksache Nr. 71/2021

Herr Gronemeier ergänzt als Sprecher des Bad Salzufler Ratschlags den Antrag wie folgt:

„Die Schreckensnachrichten von den europäischen Grenzen reißen nicht ab: Bei Schiffbrüchen sterben jedes Jahr tausende Menschen im zentralen Mittelmeer oder werden – unter europäischer Mitwirkung - an ihrer Flucht gehindert und in libysche Folterlager zurück geschleppt. In den Lagern an Europas Außengrenzen wie Kara-Tepe, Samos oder Lipa leben nach wie vor zehntausende Schutzsuchende in unhaltbaren Zuständen. Es mangelt an allem: An Unterkünften, Nahrungsmitteln, medizinischer Basisversorgung. Die Menschen sind dort Wind und Wetter schutzlos ausgeliefert.

Die Bundesrepublik Deutschland und die gesamte europäische Staatengemeinschaft sind aufgefordert - ihrer humanitären Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht zu werden und nicht länger durch Unterlassung oder gar aktive Behinderung den Tod unschuldiger Menschen in Kauf zu nehmen; - schutzsuchende Menschen nicht in Situationen zu bringen oder in Länder zurückzuschicken, in denen die Achtung grundlegender Menschenrechte nicht gewährleistet ist; - anstelle von Abschottung wirksam die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen, um in den Herkunftsländern durch eine aktive Friedens-, Klima- und Entwicklungspolitik die Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben zu verbessern.

Mit der New Yorker Erklärung vom 19. September 2016 erklärte die Bundesrepublik Solidarität gegenüber Menschen, die gezwungen sind zu fliehen und bestätigte ihre Verpflichtung, die Menschenrechte der Geflüchteten und Migranten in vollem Umfang zu respektieren.

Als „Sichere Häfen“ senden Kommunen seit dem Jahr 2018 ein eindeutiges und starkes humanitäres Signal des Respektes vor den Menschenrechten von Geflüchteten und Migranten und für mehr Mitmenschlichkeit: Als Verbund setzen sie sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht aus Notsituationen gerettet werden und einen Ort zum Ankommen finden.

Dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, muss die kommunale Politik tätig werden, so ihre Auffassung. „Sichere Häfen“ setzen sich für ein sicheres Ankommen ein.

Seit Sommer 2018 sind über 250 Kommunen in Deutschland zu „Sicheren Häfen“ geworden und haben ihre Bereitschaft erklärt, weitere Schutzsuchende aufzunehmen – und zwar zusätzlich zu jenen, die ihnen laut Verteilungsschlüssel zugewiesen werden. Gemeinsam mit dem Bündnis „Seebrücke. Schafft sichere Häfen“ und vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren üben sie nun als Sichere Häfen Druck auf die Bundesregierung aus, um einen Wandel der europäischen Asyl- und Migrationspolitik zu erwirken. Als „Sichere Häfen“ sind die Kommunen mehr denn je als Akteure der Asyl- und Aufnahmepolitik in Erscheinung getreten. Auch wenn die Positionierungen unterschiedlich weit gehen, zeigen die kommunalen Beschlüsse, dass immer mehr Städte, Gemeinden und Landkreise auch eine lokale Verantwortung für eine solidarische Migrationspolitik anerkennen und die unhaltbaren Zustände an den europäischen Außengrenzen nicht mehr hinnehmen wollen. Die Bereitschaft beschränkt sich dabei keineswegs allein auf Städte und Kommunen in Deutschland. Auch Bundesländer und Stadtstaaten wie Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Thüringen gehören dazu.

Ja, sogar in ganz Europa – von Palermo über Neapel bis nach Barcelona – erklären Bürgermeister und Bürgermeisterinnen ihre Kommunen zu solidarischen Städten für geflüchtete Menschen und organisieren sich in Bündnissen.

Sie wollen nicht mehr zuschauen, sondern handeln.

In diesem Sinne: Die Mitglieder des Bad Salzufler Ratschlags würden sich freuen, wenn diese Resolution in den Gremien und im Rat unserer Stadt Bad Salzuflen Zustimmung fände.“

Abschließend bedankt sich Herr Gronemeier für die Aufmerksamkeit der Anwesenden und wünscht gute Beratungen.

Nach umfassenden Wortmeldungen von Herrn Bürgermeister Tolkemitt, Herrn Heuwinkel, Herrn Meier, Frau Schulte, Frau Reinknecht, Frau Prüßner-Claus sowie Frau Perunovic wird der Beschluss lt. Drucksache gefasst.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen, 24 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen

Der Rat der Stadt Bad Salzuflen beschließt:

1. Die Stadt Bad Salzuflen bekennt sich zu ihrer Verantwortung, Menschen zu helfen und in unserer Stadt Schutz zu gewähren, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Europa bzw. Deutschland Zuflucht suchen.
2. Als Zeichen der Menschlichkeit und des andauernden Engagements unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger erklärt der Rat die Stadt Bad Salzuflen zu einem „sicheren Hafen für schiffbrüchige Geflüchtete“. Als sicherer Hafen ist die Stadt Bad Salzuflen bereit und in der Lage, im Rahmen ihrer Möglichkeiten aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen und unterzubringen. Alle dazu notwendigen Ressourcen, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung sind von Bund und Land NRW zur Verfügung zu stellen.
3. Die Stadt Bad Salzuflen fordert die Bundesregierung, die Landesregierung NRW sowie die zuständigen Behörden auf, bis zur Vereinbarung einer humanitären EU-weiten Aufnahmeregelung für aus Seenot gerettete Geflüchtete zusätzliche Aufnahmeplätze in Deutschland anzubieten. Städten und Gemeinden, die sich dazu freiwillig bereit erklären, soll es dabei künftig ermöglicht werden, diese Menschen direkt aufzunehmen. Wir fordern darüber hinaus die Schaffung eines EU-Förderprogramms zur besonderen Unterstützung von Kommunen, die sich um die Aufnahme Geflüchteter aktiv bewerben.